

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/62

29. März 1974

Die Mitbestimmung offensiv vertreten!

Die SPD hat eine aktuelle Großaufgabe zu erfüllen

Von Wolfgang Roth  
Mitglied des Bundesvorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

USSR-Debatte: eine Gespensterstunde

Ist die Union wirklich unfähig zur Auserkennung?

Von Bruno Friedrich MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 37 Zeilen

Fehlstart einer Propaganda-Rakete

Steiner-Affäre endete für die CDU/CSU kläglich

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 4 / 38 Zeilen

Ein Damm gegen Flut der Personalkosten

Alle Fraktionen unterstützen Antrag auf Einsparungen

Von Karl Liedtke MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 5 / 35 Zeilen

Die Union und ihre Pharisäer

Verantwortung für abotiertes Tempolimit bleibt an der Opposition hängen

Seite 6 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120-408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Almer Str. 108, 110 T. I. fon: 976 111

Die Mitbestimmung offensiv vertreten!

Die SPD hat eine aktuelle Großaufgabe zu erfüllen

Von Wolfgang Roth

Mitglied des Bundesvorstandes der SPD

Die wilde und polemische Kampagne der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) unter der Führung von Dr. Schleyer gegen die paritätische Mitbestimmung erinnert an eine Aufgabe, die im Streit um Einzelheiten des vorliegenden Regierungsentwurfs fast vergessen wurde: nämlich die Bevölkerung über Mitbestimmung aufzuklären und für Mitbestimmung zu mobilisieren. Zwar ist es normal und legitim - ich meine auch notwendig -, daß der Regierungsentwurf innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und der SPD umstritten ist, aber all dies darf uns gegen die mitbestimmungsfeindlichen Kampagnen nicht ins Hintertreffen bringen. So notwendig eine durchgreifende Verbesserung während der parlamentarischen Beratung ist, - das zeigte nicht zuletzt das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Abgrenzung der leitenden Angestellten - so vorrangig ist die Durchsetzung des Gedankens der paritätischen Mitbestimmung als Strukturprinzip unserer Wirtschaftsordnung im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die umstrittenen Teile des Regierungsentwurfes dürfen nicht zu einer sterilen und defensiven Ablehnung führen. Im Gegenteil: Durch Mobilisierung für die Grundsätze der Mitbestimmung dient man der parlamentarischen Verbesserung des Entwurfs am besten.

Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratische Partei müssen für alle deutlich machen, wozu Mitbestimmung notwendig ist und weshalb sie gegen den Widerstand von bisher weitgehend Alleinbestimmenden auch durchgesetzt werden muß. Wir wissen aus einer seriösen repräsentativen Umfrage vom Juli 1973, daß Dreiviertel der Wahlberechtigten dem Ausbau der paritätischen Mitbestimmung zustimmen. Trotzdem entsteht in der veröffentlichten Meinung der gegenteilige Eindruck. Hier zeigt sich eine Strategie, die in dieser Phase, in der Mitbestimmung zu einem Eckstein der Reformpolitik der VII. Legislaturperiode wird, lebensgefährlich werden kann. Zur Zeit erfährt der Bürger von uns fast nichts über Mitbestimmung, außer daß wir uns innerhalb der SPD und zwischen SPD und Gewerkschaften in den Haaren liegen. Dies muß schnell anders werden. Es gilt nun rückhaltlos für den Grundsatz der paritätischen Mitbestimmung zu werben und damit die Basis

für eine erfolgreiche Gesetzgebung zu schaffen.

Zuweilen wird behauptet, Mitbestimmung sei kein Thema für die breite Auseinandersetzung, sie sei nicht zu popularisieren. Das ist zwar ein gängiges Vorurteil, durch die Erfahrung ist diese These jedoch nicht bestätigt, wie auch die Umfrage beweist. Allerdings für Mitbestimmung wird man auch solange nicht recht erfolgreich mobilisieren, solange man sich in Filigrankonflikte von Experten verliert. Das Mitbestimmungsthema kann, richtig angefaßt, zum entscheidenden Feld der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU werden. Wie der Hamburger Bundesparteitag der CDU mit der konsequenten Ablehnung jeder Parität und die jüngsten Ausfälle von Strauß gegen Katzler, Blüm und Braidbach zeigen, trifft der Mitbestimmungsgedanke die CDU/CSU an einem Lebensnerv. Berücksichtigt man die starke finanzielle Verflechtung der CDU/CSU mit der Großwirtschaft, so muß man besser sagen, daß sie Mitbestimmung am Finanznerv trifft.

Keine Parteigliederung der SPD kann, wenn sie die Aufgaben der nächsten Zeit richtig erfaßt, weiter nur in Kritik am Entwurf verharren. Notwendig sind vor allem Aufklärungsaktionen und Veranstaltungen zum Thema Mitbestimmung. In allen Betrieben, in denen sozialdemokratische Gewerkschafter arbeiten, müssen die Betriebsversammlungen zur Aufklärung über Mitbestimmung genutzt werden. Die Antwort der Gegner braucht man nicht zu fürchten. Sie macht erst deutlich genug, für was wir eintreten: Für die Beseitigung einer einseitigen Vorherrschaft der Kapitalsseite, die man schon in ein paar Jahren als mittelalterlich empfinden wird. Ohne Kampf und Einsatz der gesamten Partei wird die Mobilisierung für Mitbestimmung nicht gelingen. Ohne diese Kampfbereitschaft wären auch die Ostverträge gescheitert. Der Durchbruch ist zu schaffen. Nur eine konsequente Doppelstrategie der Werbung und Mobilisierung in Betrieben und Öffentlichkeit auf der einen Seite und der parlamentarischen Kärnerarbeit auf der anderen Seite wird den Durchbruch erreichen. (-/29.3.1974/bgy/pr)

+ + +

Y  
CSSR-Debatte: eine Gespensterstunde  
-----

Ist die Union wirklich unfähig zur Aussöhnung ?

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und des SPD-Vorstandes

CDU und CSU werden den Prager Vertrag ablehnen. In der Diskussion um alle Ostverträge, aber auch bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen und beim Atomwaffensperrvertrag, hat die CDU, weniger die CSU, noch versucht, den Eindruck einer Partei zu vermitteln, die zuerst ernsthaft prüft und schwankt, ob sie zustimmen, ablehnen oder sich enthalten soll. Fragen, Fragen und nochmals Fragen, um denn ein besserwisserisches und gequältes "Nein" zugleich zu begründen. Die ersten Einlassungen der Union zum Prager Vertrag im Sommer 1973 deuteten jedenfalls sogar an, daß man diesmal möglicherweise zustimmen werde.

Davon ist nach der ersten Lesung am Mittwoch nichts geblieben. Die Union wird, wenn die Position ihrer Redner von Mittwochnacht bei der zweiten Lesung die Position der Oppositions-Fraktion bleibt, das Prager Vertragswerk ohne Wenn und Aber ablehnen. Schlimmer als dieses "Nein", schlimmer als diese demonstrierte Unfähigkeit zur Aussöhnung, waren aber die Begründungen durch die Abgeordneten Marx und Becher.

Es war eine Gespensterdebatte. Wer, wie der CSU-Abgeordnete und Vertriebenen-Funktionär Dr. Walter Becher, fast 29 Jahre nach Kriegsende im Bundestag steht und so argumentiert, als befänden wir uns im Jahre 1939, der gefährdet mehr als die Aussöhnung. Die Vertriebenen haben die Zustimmung aller Parteien, auch der SPD, wenn es darum geht, das Unrecht der Vertreibung festzustellen. Die Bittarnisse dieser Vertreibung geben vor allem angesichts dessen, was unser Staat für die Vertriebenen getan hat, dem CSU-Abg. Becher nicht das Recht, diesem jungen Staat Bundesrepublik die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und die Auflösung des Habsburger Reiches und das "Münchener Abkommen" als historische Notwendigkeit aufzuleisten.

Bechers Rede war eine gespenstische Rede, zu nächtlicher Stunde, vor fast leerem Hause. Jene, die in der Union in den letzten Jahren öfter von Aussöhnung gesprochen haben, Kissinger, Schröder, Barzel, Kiep und von Weizsäcker, fehlten. Dies war keine gute Stunde für den Versuch eines Neubeginns mit der CSSR.

Es ist gut, daß die Koalitionsfraktionen in diesem Bundestag eine klare Mehrheit besitzen, sonst könnte das Vertragswerk der Aussöhnung nicht abgeschlossen werden.  
(-/29.3.1974/ka/pr)

+ + +

Fehlertart einer Propaganda-Rakete

Steiner-Affäre endet für die CDU/CSU kläglich

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Als die Bundestagsfraktion der CDU und der CSU aufgrund der Illustrierten-"Geständnisse" des ehem. CDU-Abg. Julius Steiner die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragte, mochten Optimisten noch erwarten, es ginge der Opposition um die Klärung des mit der Selbstbeziehung ihres früheren Kollegen verbundenen Verdachts. Hatte schon die Beweiswürdigung durch die Minderheit im Bericht des Untersuchungsausschusses alle, die solche Erwartungen hegten, eines Schlichteren belehrt, so hat die Debatte im Bundestag endgültig gezeigt, auf welche für die parlamentarische Demokratie bedenklichen Abwege sich CDU und CSU hier begeben haben. Die schneidenden Beteuerungen der Sprecher der Opposition, es ginge ihnen um das Ansehen des Parlaments, wurden von ihnen selbst widerlegt.

Am Anfang stand die von Steiner gegen den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand, erhobene Beschuldigung. Als die Hoffnung, auf diesem Wege in der Art einer Drei-Stufen-Rakete über den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner den SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt ins Zielfeld bringen zu können, sich nicht erfüllte, wurde ein Verdacht gegen Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke konstruiert, um so dem ersuchten Ziel näher zu kommen. In einer gründlichen Untersuchung konnte weder der eine noch der andere Verdacht bewiesen werden. Nur auf ihr parteipolitisches Ziel in dieser Sache fixiert, erhob die Opposition gleichwohl die Forderung, es müßten Konsequenzen gezogen werden.

Würde ein solches Vorgehen Schule machen, dann könnte in Zukunft unbewiesener Verdacht genügen, um Politiker abzuschließen. Wir würden uns dann Zuständen nähern, wie sie aus der Weimarer Republik noch in all zu schlechter Erinnerung sind. Damals wurde nämlich an verdienten demokratischen Politikern von deutsch-nationaler Seite, unterstützt von publizistischen Helferhelfern, systematisch Rufmord betrieben.

CDU und CSU haben in der Affäre Steiner wieder einmal parteipolitischen Erwägungen Vorrang vor staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein gegeben. Sie beabsichtigen, über das für ihre Zwecke unergiebigste Ergebnis der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses hinwegzuspielen, indem sie versuchten, wenigstens Verdacht auszustreuen. (-/29.3.1974/bgy/pr)

+ + +

Ein Dammbau gegen Flut der Personalkosten

Alle Fraktionen unterstützen Antrag auf Einsparungen

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die Personalkosten des Bundes steigen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben überproportional. Der Zusammenhang mit den stetig wachsenden öffentlichen Aufgaben für unsere Bürger ist nicht zu verkennen. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung verlangt ihren Preis. Es bleibt aber die Aufgabe der Regierung und des Parlaments, für eine sparsame öffentliche Verwaltung zu sorgen. Sozialdemokraten wollen, daß der Staat seine Aufgaben erfüllt, gerecht und zügig, so wirksam und sparsam wie möglich. Den Gefahren der Bürokratieerweiterung ist entgegenzuwirken, wie Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hervorhob.

Die sozialliberale Koalition hat dem Haushaltsausschuß des Bundestages daher einen Antrag vorgelegt, mit dem den Stellenvermehrungen in den Bundesministerien wirksamer als bisher begegnet werden kann. Die Unions-Parteien stimmten diesem Antrag zu. Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses kann jetzt eine Stelle erst neu besetzt werden, nachdem eine hausinterne Prüfungskommission des jeweiligen Ministeriums festgestellt hat, daß sie nicht durch Umbesetzung oder Aufgabenverlagerung eingespart werden kann. Das bisher schon im Bundesfinanzministerium praktizierte Prüfungsverfahren soll übernommen werden. Der Bundesfinanzminister hat sodann eine weitere Vorprüfung, die auch die Einhaltung dieses Verfahrens in den Bundesministerien einbezieht, vorzunehmen. Nur wenn der Bundesfinanzminister Stellenanforderungen als begründet anerkennt, wird sie der Haushaltsausschuß beraten.

Die Schwierigkeiten, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Oktober 1974 vorhanden sind, werden nicht verkannt. Der Haushaltsausschuß hat aber ausdrücklich festgestellt, er gehe davon aus, daß zum Ausgleich keine Stellenvermehrung erfolge. Im Übrigen betonte er, daß in die Stelleneinsparungen alle Bezahlungsgruppen einzubeziehen seien.

Dieser Beschluß weist als Sofortmaßnahme den richtigen Weg. Es wird darauf ankommen, die weiteren Möglichkeiten zu prüfen und dabei auch die ersten Erfahrungen mit dieser neuen Praxis zu verwerten. Entscheidend ist nach meiner Auffassung, daß zusätzlich das Instrumentarium verbessert wird, um die Mobilität innerhalb der Verwaltung zu fördern. Versetzungen müssen erleichtert werden. Die Verwirklichung der von uns angestrebten stärkeren Mobilität innerhalb der Verwaltungen wird unter Mitwirkung und Kontrolle der Personalräte erfolgen. Das neue Bundespersonalvertretungsgesetz weist den Personalräten auch bei dieser Aufgabe ein hohes Maß an Verantwortung zu.  
(-/29.3.1974/ks/pr)

+ + +

## Die Union und ihre Pharisäer

---

Verantwortung für sabotiertes Tempolimit bleibt an der Opposition hängen

"Freie Fahrt für freie Bürger" hat man noch anfangs des Monats gefordert, als es galt, die Bundesregierung mit der Verordnung Höchstgeschwindigkeit 130 scheitern zu lassen und ihre "gleichmacherischen Tendenzen" zu "entlarven"; denn, so wurde suggeriert, nicht der Sicherheit diene schließlich das von ihr angestrebte Limit, sondern der Absicht, den Autofahrern das Leben schwer zu machen. Der Parlamentarische Staatssekretär Ernst Haar vom Bundesverkehrsministerium zog die Konsequenz und trat aus dem ADAC aus. Jetzt, da die "freien Bürger" dank der CDU/CSU und ihrer Eine-Stimme-Mehrheit im Bundesrat "freie Fahrt" haben, stellt der Club eine "auffallende" Häufung der Unfälle auf Autobahnen in der Nähe bestimmter Großstädte fest und plädiert mit einem Mal, ohne Rücksicht auf das Erinnerungsvermögen der Bürger, für Geschwindigkeitsbeschränkungen auf solchen Strecken.

Im CDU-regierten Baden-Württemberg und im CSU-regierten Bayern sollen die "freien Bürger" neuerdings ebenfalls in einigen Autobahnbereichen auf ihr Recht der "freien Fahrt" verzichten. Der CDU-Abg. Dr. Lenz, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages, fordert die Bundesregierung auf, die Autofahrer intensiv über die Bedeutung der (rechtlich bedeutungslosen) Richtgeschwindigkeiten aufzuklären, damit ja niemand auf die Idee komme, etwa die Union für einen eventuellen Wiederanstieg der Unfallziffern verantwortlich zu machen. Und sollten gegen jede Erwartung doch mehr Opfer anfallen, dann, bitte schön, müßte eben neu über eine Höchstgeschwindigkeit diskutiert werden, sagt schlicht der Unions-Parlamentarier Lenz.

Das Pharisäertum, in der Union und im Interessen-Dickicht der mit ihr Lierten, schon immer mehr als ein unterentwickeltes Pflänzchen, treibt die bizarrsten Blüten. Polemisch und demagogisch sabotierte man ein Unternehmen der Vernunft, um der Bundesregierung zu schaden und um sich bei bestimmten Kreisen beliebt zu machen, treibt ein frivoles Spiel mit dem Leben von Menschen und schwenkt dann ohne mit der Wimper zu zucken auf einen anderen Kurs um, wenn es am Ende doch zu gefährlich für einen selbst werden könnte. Aber diese Tricks werden der Union nichts nützen. Sie kann sich nicht aus der Haftung stehlen: Die Opfer der "freien Fahrt" werden nicht mit einer "neuen Diskussion" über Höchstgeschwindigkeiten abgetan sein. Sie kommen auf das Konto der CDU/CSU, und sie wird sich dafür zu verantworten haben. An den ADAC wird man sich dabei ebenfalls stets erinnern.

Claus Preller  
(-/29.3.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller